



Frauen helfen Frauen e.V. Frankfurt Beratungs- und Interventionsstelle

Informationen zum Umgang mit persönlichen Daten für Klientinnen der Beratungsstelle

Datenschutzhinweis

Im Folgenden informieren wir über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen unseres Beratungsangebots. Personenbezogene Daten sind alle Daten, die auf Sie persönlich beziehbar sind, zum Beispiel Name, Adresse, Geburtsdatum.

1. Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung ist

Frauen helfen Frauen Frankfurt e.V.
vertreten durch den Vorstand: Birgitt Schnitzler, Sabrina Engelbrecht, Saskia Müller
Postfach 560235
60407 Frankfurt am Main
Telefon: 069 219 36 14 05
Telefax: 069 219 36 14 57
E-Mail: info@frauenhaus-ffm.de

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter E-Mail: frauenhaus-ffm@frankfurter-datenschutz.de oder unserer Postadresse mit dem Zusatz „Der Datenschutzbeauftragte“.

2. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten und wieso sind wir dazu berechtigt?

Im Rahmen unserer Beratung erheben wir von Ihnen personenbezogenen Daten, zum Beispiel Name, Adresse, Geburtsdatum. Diese Daten sind notwendig, um eine angemessene Beratung durchführen zu können. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 S.1 lit. b DSGVO.

Neben diesen obligatorischen Angaben kann es im Rahmen einer Beratung zur Verarbeitung weiterer sogenannten besonderen personenbezogenen Daten kommen. Unter besonderen personenbezogenen Daten sind zum Beispiel Angaben von Ihnen zu Gewalterfahrungen, Gesundheitsdaten, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen zu verstehen. Diese von Ihnen freiwillig angegebene Daten werden von uns vertraulich behandelt und nur mit Ihrer Einwilligung bei uns verarbeitet. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. a DSGVO i.V. m. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.

Ihre Einwilligung ist freiwillig. Aus der Nichterteilung oder dem eventuellen späteren Widerruf der Einwilligung entstehen Ihnen keine Nachteile. Die Einwilligung kann für die Zukunft jederzeit widerrufen werden. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

3. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Um Ihnen einen Überblick zu geben, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten, möchten wir hier beispielhaft einige nennen: Angaben zu Ihrer Person (z.B. Name, Wohnort, Geburtstag, Telefonnummer, Familienstand, Nationalität, Kinder), Angaben zu Ihrer ökonomischen und finanziellen Situation (Vollzeit, Teilzeit, SGB I/II-Bezieherin), beruflicher Werdegang und aktuelle Tätigkeit, Gewalterlebnisse und damit verbundene Maßnahmen (Gewaltschutzantrag, Wohnungszuweisung, Strafantrag).

4. Woher kommen die Daten, die verarbeitet werden?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen der Beratung von Ihnen erhalten. Zudem verarbeiten wir – soweit dies im Rahmen der Erfüllung der Beratung erforderlich ist – personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Dritten erhalten, wie von Gerichten, Behörden, Ämtern oder Versicherungen.

5. Erhält außer uns noch jemand Ihre Daten?

Grundsätzlich werden Ihre Daten nur durch uns und unseren zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiter*innen verarbeitet. An Dritte übermitteln wir Ihre personenbezogene Daten nur dann, wenn dies gesetzlich erlaubt ist oder Sie eingewilligt haben.

Weitere Empfänger sind unsere Auftragsverarbeiter, die uns in den Bereichen EDV oder der Archivierung und Vernichtung von Unterlagen unterstützen und mit denen gesonderte Verträge zur Auftragsverarbeitung geschlossen wurden. Unsere Auftragsverarbeiter werden von uns sorgfältig ausgewählt, sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert. Eine Übersicht unserer Auftragsverarbeiter stellen wir Ihnen bei Bedarf gerne zur Verfügung.

Zu Abrechnungszwecken werden entsprechend dem Zuwendungsbescheid des zuständigen öffentlichen Kostenträgers die dazu erforderlichen Daten übermittelt.

Sofern der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung besteht oder diese bereits eingetreten ist, sind wir nach § 8 a SGB VIII verpflichtet, eine Meldung an das zuständige Jugendamt zu machen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass für unsere Mitarbeiterinnen kein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 StPO besteht.

4. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Personenbezogene Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen notwendig ist. In der Regel werden Ihre personenbezogenen Daten drei Jahre nach der Beendigung der Beratung aufbewahrt. Wir sind aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen verpflichtet, Ihre Abrechnungsdaten für die Dauer von bis zu 10 Jahren zu speichern. Nach Ablauf dieser Fristen werden wir Ihre Daten komplett löschen, es sei denn, dass eine juristische Situation die Verlängerung dieser Fristen erfordert.

5. Welche Rechte haben Sie?

Hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten haben Sie gegenüber uns als Verantwortlichen folgende Rechte:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie eine Kopie dieser Daten.
- gemäß Art. 16 DSGVO die unverzügliche Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.
- gemäß Art. 17 DSGVO auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) Ihrer Daten zu verlangen, soweit die Verarbeitung nicht zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.
- gemäß Art. 18 DSGVO auf Einschränkung der Verarbeitung, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
- gemäß Art. 20 DSGVO auf Datenübertragbarkeit.
- gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen: Soweit wir die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine Interessenabwägung stützen, können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Dies ist der Fall, wenn die Verarbeitung insbesondere nicht zur Erfüllung eines Vertrags mit Ihnen erforderlich ist. Bei Ausübung eines solchen Widerspruchs bitten wir um Darlegung der Gründe, weshalb wir Ihre personenbezogenen Daten nicht wie von uns durchgeführt verarbeiten sollten. Im Falle Ihres begründeten Widerspruchs prüfen wir die Sachlage und werden entweder die Datenverarbeitung einstellen bzw. anpassen oder Ihnen unsere zwingenden schutzwürdigen Gründe aufzeigen, aufgrund derer wir die Verarbeitung fortführen.
- Nach Art. 77 DSGVO können Sie sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns beschweren. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611-1408 0
Telefax: 0611-1408 611
E-Mail: poststelle@datenschutz-hessen.de